

„Seltower Kreisblatt“ erscheint werktäglich. Bezugspreis monatlich RM. 1,25 einl. 25 Pf. Botenlosgang durch die Post monatlich RM. 1,20 einl. 21 Pf. Postzeitungsgebühr zuzüglich 20 Pf. Bestellgeb. — Bestellungen bei den Postämtern, Zeitungsverkäufern und unseren Abbestellern im Kreise.



Verleger H. Pfeilstraße 20. Verlag und Geschäftsleitung: Berlin SW 35, Altkönigsstraße 87. — Fernruf: 22 06 71. Zahlungen: Postcheckkonto Berlin Nr. 210 10. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2887 bei der Reichsbank des Reiches Seltow - G., Berlin SW 35. — Geschäfts- und Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg.

Seltower Kreisblatt

Lageszeitung für den Kreis Seltow * Amtliches Verkündungsblatt der Kreisverwaltung Seltow

Franco erklärt: Bedingungsloser Endsieg Nationalspanische Kennzeichnung des roten „Verteidigungsrates“ - Wieder Ruhe in Madrid

Der nationalspanische Sender Burgos kennzeichnet die Angehörigen des neu gegründeten Madrider roten „Verteidigungsrates“ mit schonungsloser Offenheit. Er stellte fest, daß seine Mitglieder keineswegs besser als die übrigen roten Verbrecher sind.

Bilbao, 8. März. Nationalsender sowie die gesamte Presse, die in Schlagzeilen verurteilt: Keine Patte und keine Verhandlungen. Die Befriedung Madrids beginne erst in dem Augenblick, wo die nationalen Truppen dort als Befreier einziehen. Dies sei auch der Wunsch der Madrider Bevölkerung, die genug von den roten Bomben aller Schattierungen gestraft worden sei.

Der nationalspanische Sender Burgos kennzeichnet die Angehörigen des neu gegründeten Madrider roten „Verteidigungsrates“ mit schonungsloser Offenheit. Er stellte fest, daß seine Mitglieder keineswegs besser als die übrigen roten Verbrecher sind.

Der nationalspanische Sender Burgos kennzeichnet die Angehörigen des neu gegründeten Madrider roten „Verteidigungsrates“ mit schonungsloser Offenheit. Er stellte fest, daß seine Mitglieder keineswegs besser als die übrigen roten Verbrecher sind.

So sei Besteiro stellvertretender Leiter der ersten „republikanischen Regierung“ gewesen und er habe bei Ausbruch des Krieges nicht hinter dem berühmten Largo Caballero in seiner Ablehnung Francos und der Unterstützung zum Klassenhaß gestanden. In Maja stelle sich der Schöpfer jenes verbrecherischen Planes der Verteidigung der roten Stadt Madrid vor.

Nachdem der Sender Madrid um 20 Uhr am Dienstag seine Sendungen unterbrochen hatte, wurden diese um 24 Uhr mit einer Erklärung der Sozialistischen Partei wieder aufgenommen. Danach wurde angegeben, daß für die Roten der Krieg verloren ist und daß der sinnlose Widerstand, wie er von Negrin auf Befehl Mostaus angeordnet sei, nicht fortgesetzt werden dürfe.

Der nationalspanische Sender Burgos kennzeichnet die Angehörigen des neu gegründeten Madrider roten „Verteidigungsrates“ mit schonungsloser Offenheit. Er stellte fest, daß seine Mitglieder keineswegs besser als die übrigen roten Verbrecher sind.

Der nationalspanische Sender Burgos kennzeichnet die Angehörigen des neu gegründeten Madrider roten „Verteidigungsrates“ mit schonungsloser Offenheit. Er stellte fest, daß seine Mitglieder keineswegs besser als die übrigen roten Verbrecher sind.

Am Dienstag Kämpfe in Madrid Mostaus Anhänger und „roter Verteidigungsrat“ zersplitterten sich

Bilbao, 7. März. Wie aus Madrid bekannt wird, erklärten die kommunistischen Abteilungen, die sich gegen den neu gebildeten roten „Verteidigungsrat“ aufgestellt hatten, Zuzug von Seiten der Milizen und der ehemaligen internationalen Brigaden Lister und Campesino. Der Kampf der Kommunisten gegen den „Verteidigungsrat“ dauerte in mehreren Teilen Sowjetspaniens mit verstärkter Heftigkeit an. Besonders blutige Ereignisse gab es in Madrid, Guadalupe, Alacete und Cuenca, in welchen Städten die Kommunisten gelungen war, einen Teil der Waffenlager zu erobern. Die Abteilungen des roten „Verteidigungsrates“ konnten in Madrid mehrere kommunistische Brigaden gefangen nehmen. 50 „Offiziere“ dieser Brigaden wurden an die Wand gekittet und erschossen. Die Kommunisten brachten jedoch ihrerseits den Abteilungen des „Verteidigungsrates“ außerordentlich schwere Verluste bei, die auf mehrere tausend Mann geschätzt werden. Die Krankenhäuser Madrids sind von Verwundeten überfüllt. Die Stadt ist vom übrigen Sowjetspanien abgeschnitten und kann nur durch den Hauptpunkt die Verbindung aufrecht erhalten.

Der sogenannte „Verteidigungsrat“ ist in permanenter Sitzung versammelt. Er erklärt die „treuesten Verbordnungen“ gegen die Kommunisten und fordert die Bevölkerung auf, alles an der Niederwerfung der kommunistischen Auflehnung mitzutun, da die Kommunisten nach der Alleinherzhaft streben. Aus den Arsenalen wurden Waffen an die Bevölkerung verteilt. Der rote „General“ Maja hielt eine Rundfunkansprache, in der er mit den schärfsten Worten die Kommunisten angriff, deren Widerstand gegen den roten „Verteidigungsrat“ verbrecherisch sei, da er nur neues Proletariatverblut vergieße.

Die Juden können nicht einig werden Sie fordern Möglichkeit „organischen Wachstums des jüdischen Nationalheims“

London, 8. März. Ob die Juden weiter an der Londoner Palästina-Konferenz teilnehmen, ist immer noch eine unbeantwortete Frage. Am Dienstagabend nahmen Vertreter der britischen Regierung mit einer Reihe von Delegierten sowohl von jüdischer wie von arabischer Seite teil, um die Möglichkeiten einer Fortsetzung der Konferenz zu prüfen. Wie verlautet, hat die britische Regierung sich wegen der arabischen Gegenansprüche zu den britischen Vorschlägen mit dem jüdischen Palästina-Kommissar in Verbindung gesetzt. Man rechnet hier damit, daß die britische Regierung den Arabern in Kürze positive Vorschläge machen wird und daß die britisch-arabischen Besprechungen bald zu Ende gehen. Zwischen sich die Juden nach langen Beratungen nicht über Gegenansprüche einig geworden. Sie haben lediglich verlauten lassen, daß sie der britischen Regierung eine Denkschrift vorlegen wollen, in der die Regierung aufgefordert wird, zu erklären, daß sie die Möglichkeit für ein „organisches Wachstum des jüdischen Nationalheims“ offenhalten will, und daß die Juden im Falle einer befriedigenden Antwort bereit wären, über einen Plan außerhalb des britischen Mandats zu verhandeln, d. h. daß sie unter Umständen bereit wären, auf die Beibehaltung des

britischen Mandates, die sie bisher verlangt haben, zu verzichten. Vor einem englischen Ultimatum? London, 8. März. Die Palästina-Konferenz scheint nun tatsächlich vor ihrem Ende zu stehen. Im St. James-Palast fand am Dienstagabend eine Besprechung zwischen Vertretern der britischen Regierung, der Zionisten und der Palästina-Arabischen Parteien statt. Englischseits waren nicht nur Kolonialminister MacDonald und Unterstaatssekretär Butler, sondern auch Lord Halifax erschienen. Nach zweistündigen Beratungen wurde die Sitzung gegen Mitternacht ergebnislos abgeschlossen. Wie verlautet, hat Kolonialminister MacDonald einen letzten Versuch gemacht, um die auslandsergebenden Ansichten in irgendeiner Form einander nahezubringen. Alles weise jedoch darauf hin, daß ihm dies nicht gelungen sei. Die Mächte sind sich jetzt einig, daß die britische Regierung bereits in den nächsten 48 Stunden den eigentlichen Verhandlungsweg aufgeben und die eigene Vorschläge zur Lösung des Palästina-Problems den beiden Parteien sozusagen als ein Ultimatum vorzutragen.

Madrid gibt zu: Mostau will Weltkrieg

Madrid, 7. März. Im Madrider Sender verlas man eine ausführliche Erklärung des „Verteidigungsrates“. Es wird darin mit Bezug auf eine Fülle belastenden Materials, das man angeblickt jetzt erst gefunden hat, erklärt, Madrid arbeite bisher ausschließlich auf Umweitung Mostaus, Man sehe sich dem Befehle Mostaus gegenüber, unbedingt den Krieg fortzuführen und damit möglichst jetzt noch Anlaß zu einem neuen Weltkrieg zu geben. Diese sowjetrussische Politik — das erkläre man jetzt — gehe ausschließlich auf sowjetische Interessen zurück und lasse jede Spur einer Sympathie für das spanische Volk vermissen.

Die russischen Kriegsschiffe „neutralisiert“ Paris, 7. März. Wie Savas aus Bizerta meldet, legten die französischen Marinebefehle die größte Zurückhaltung über die Maßnahmen an den Tag, die gegen die elf russischen Kriegsschiffe, die vor dem Hafen vor Anker liegen, ergriffen werden. Man glaube indessen zu wissen, daß die Schiffe sehr bald in den eigentlichen Hafen bugsiert und dort abgerüstet werden. Am Dienstag vormittag hat bereits die

Roosevelt über die Einmischungspolitik Fadenförmige Gründe sollen dafür herhalten

Washington, 8. März. In der Pressekonferenz des Weißen Hauses, der ersten mit der Wiederbringung des bekannten Geheimes, der unter bestimmten Gesichtspunkten die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten vor einem vorherigen Volksentscheid abhängig machen will, wurde Präsident Roosevelt über seine Ansicht zu dieser Angelegenheit gefragt. Wie zu erwarten war, äußerte sich der amerikanische Präsident hierzu ebenso wie bei dem seinerzeitigen ersten Vorschlag Ludlows kritisch. Er erklärte, daß erstens keine Übereinstimmung über die Begriffsbestimmung des Wortes „Krieg“ bestehe. Zweitens würde durch eine Volksentscheid zu viel Zeit verlorengelassen. Roosevelt erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß Frankreichs Kriegsschiffe in den Jahren 1798 bis 1800 von der westindischen Küste sowohl britische wie amerikanische Schiffe aufgegriffen hätten, obwohl Frankreich seinerzeit Amerika nicht den Krieg erklärt hätte. Dies sei möglich gewesen, bis die junge damalige Regierung der Vereinigten Staaten eine kleine Kriegsschiffe gebaut und die Gegen-

geäußert habe. Dieses weitgeholtete Beispiel fügte Roosevelt in seine Argumentierung mit der Frage ein, was heute geschehen würde, wenn eine ähnliche Situation (1) entstanden und der Kongreß sowohl wie die Regierung machtlos und tatenlos dastehen müßten, bis ein Volksentscheid stattgefunden habe. Diese an den Haaren herbeigezogene Begründung geht vollkommen an den Tatsachen vorbei, daß weder Ludlow noch Hyde, die Befürworter des genannten Antrages, durch ihre Vorschläge den berechtigten Schutz der amerikanischen Schifffahrt zu verbieten beabsichtigten. Worauf jedoch Roosevelt in Wirklichkeit hinaus will und wozu seine Politik feuert, zeigte wesentlich deutlicher seine Antwort auf die an ihn gestellte Frage, ob „das Befehlen der amerikanischen Neutralitätsgesetzgebung die Sache des Weltfriedens gefördert“ habe. Der amerikanische Präsident verneinte diese Frage und behauptete darüber hinaus, der amerikanische Einfluß auf die Weltfriedensfrage in den letzten drei Jahren sei im Vergleich mit dem Neutralitätsgesetzgebung wäre wahrscheinlich größer gewesen, wenn das Gesetz nicht existiert hätte!